

**Von:** "Roswitha Busch" <roswitha-busch@web.de>

**An:** "Regina Popihn" <Regina.Popihn@bottrop.de>

**Datum:** 22.10.19 17:04

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

Wir bitten um Aufsetzung folgenden Tagesordnungspunkt  
für die nächste Sitzung des Integrationsrates

Antrag

das Leid und das Blutvergießen, das der völkerrechtswidrige Überfall auf Nordsyrien durch Truppen der Republik Türkei auf Befehl ihres autoritär regierenden Präsidenten Erdogan nach sich zieht, hat auch massive Auswirkungen auf die Menschen in Bottrop, nicht zuletzt auf Menschen kurdischer und türkischen syrischer Herkunft. Das Klima ist auch in Bottrop hoch angespannt, nicht zuletzt, weil häufig eigene Familienmitglieder und Freunde von den blutigen Folgen der Invasion, die nur durch deutsche Waffenlieferungen möglich war, betroffen sind. Auch die fortgesetzte Kriegspropaganda im - auch in Bottrop mpfang- und lesbaren - Erdogan-treuen Medien trägt zu diesen Spannungen erheblich bei. Die Folgen konnte man sich jüngst bei den Attacken rechtsredikaler Erdogan-Anhänger auf einer Solidaritätskundgebung für die Opfer der Invasion am Pferdemarkt ansehen.

Dieser Spaltung der Bottroper Stadtgesellschaft muss schnell Einhalt geboten werden. Diese Stadt steht für ein einvernehmliches Miteinander aller ihrer Bürger unabhängig von ihrer Volkszugehörigkeit. Dies muss auch in Zukunft so bleiben, wie unser Oberbürgermeister jüngst ganz richtig festgestellt hat

Deshalb fordert der Integrationsrat:

Alle Menschen in Bottrop werden - unabhängig ihrer Herkunft - aufgerufen, trotz der angespannten Lage bei etwaigen Kundgebungen und Demonstationen ruhig und friedlich zu bleiben. Demonstrationen Andersdenkender nicht zu stören und sich an das Versammlungsrecht zu halten.

Sofortiger Stopp der deutschen Waffenlieferungen an die Republik Türkei

- Die Bundesrepublik wird aufgefordert, den Opfern des Überfalls schnellstmögliche Hilfe zur Verfügung zu stellen

Der Bundesabgeordnete Michael Gerdes wird gebeten, in diem Sinne bei der Bundesrepublik zu intervenieren.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in diesem Sinne bei der Bundesrepublik und der hiesigen Vertretung der Republik Türkei vorstellig zu werden.

Der Integrationsrat erklärt seine Solidarität mit den Opfern des Überfalls auf Nordsyrien.

Der Integrationsrat fordert den Rat auf, einen analogen Beschluss zu fassen.

Mit solidarischen Grüßen

Roswitha Busch Mitglied der Linken  
Mehmet Iltimis Mitglied Defne